

Landkreis Ravensburg

den 07. Apr. 2021

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses
am 25.02.2021 als Videokonferenz

Dauer 14:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 23 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

stellvertr. Vorsitzende/r

Herr Dr. Andreas Honikel-Günther Erster Landesbeamter

CDU

Herr Roland Bürkle

Frau Margarete Eger

Herr Rolf Engler

Herr Josef Forderer

Herr Thomas Kellenberger

Herr Peter Müller

Herr Daniel Steiner

Frau Sonja Wild

FWV

Herr Markus Ewald

Frau Sandra Flucht

Herr André Radke

Herr Peter Smigoc

Frau Christa Stierle

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf

Frau Carmen Kremer

Frau Elke Müller

Frau Liv Pfluger

in Vertretung für KR Güldenberg

Frau Doris Zodel

in Vertretung für KRin Natalis

SPD

Herr Peter Clément

Frau Gisela Müller

Die Linke

Herr Lars Raible

Protokollführung

Frau Dagmar Schöbel

von der Verwaltung

Herr Reinhard Friedel

Dezernent Arbeit und Soziales

Herr Norbert Burgmaier

zu TOP 5

Frau Sabrina Wangenheim

zu TOP 4

Gäste

Frau Selda Arslantekin

Kommunale Behindertenbeauftragte

zu TOP 4

Herr Jürgen Malcher

Kommunaler Behindertenbeauftragter

zu TOP 4

Abwesend:

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Gereon Güldenberg

wird vertreten von KRin Pfluger

Frau Dorothee Natalis

wird vertreten von KRin Doris Zodel

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing

FDP

Herr Oliver Schneider

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

3. 0151/2020
Einrichtung eines Pflegenotrufs im Landkreis Ravensburg –
Antrag der ÖDP-Fraktion vom 14.10.2020

Mitteilungsvorlagen

4. 0006/2021
Tätigkeitsbericht 2020 der Kommunalen Behindertenbeauftragten
Gäste: Herr Jürgen Malcher, Kommunaler Behindertenbeauftragter,
Frau Selda Arslantekin, Kommunale Behindertenbeauftragte
5. 0007/2021
Jobcenter - Aktueller Sachstandsbericht

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

6. 0187/2020
Erarbeitung eines Dringlichkeitskonzepts zur Verbesserung der Pflegesituation in
allen Bereichen der Pflege -
Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2020
7. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

8. 0059/2020
Verlängerung Kreisbehindertenbeauftragte und Entscheidung über Haupt- oder Ehrenamt

9. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Öffentliche Sitzung

1. **Änderung der Tagesordnung**

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. **Protokolle der vorausgegangenen Sitzungen**

Zu den Protokollen gibt es keine Änderungswünsche.

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

3. 0151/2020

Einrichtung eines Pflegenotrufs im Landkreis Ravensburg – Antrag der ÖDP-Fraktion vom 14.10.2020

KR Kellenberger bedankt sich bei Herrn Friedel für die Vorlage. Er hoffe auf eine gewisse Dringlichkeit bei der Bearbeitung des Themas, da zurzeit nur eine Mangelsituation verwaltet werde. Über ein Konzept müsse in allen bestehenden Strukturen konzentriert diskutiert werden.

KRin Fiegel-Hertrampf betont ebenfalls die Dringlichkeit des Themas. Ein grobes Konzept solle bereits jetzt erstellt und mit Trägern gesprochen werden.

KR Ewald erklärt, wenn die Landkreisverwaltung das ehemalige Krankenhaus 14 Nothelfer zur Verbesserung der Pflegesituation erwerben wolle, so sei dies möglich. Zurzeit befinde es sich im Eigentum des Insolvenzverwalters. Man solle diesen Gebäudekomplex nicht immer nur als „Rettungsanker“ zitieren, sondern bei Interesse auch handeln.

Der Vorsitzende entgegnet, die Planungshoheit liege bei der Stadt Weingarten. Die Landkreisverwaltung werde die Stadt Weingarten in jeder Beziehung unterstützen, jedoch nicht selbst kaufen.

Herr Friedel wirbt für ein ganzheitliches Konzept bei diesem Thema, das sehr kom-

plex sei. Ein Entwurf für die Einrichtung eines Pflegenotrufs werde in der Sitzung des Sozialausschusses am 18.06.2021 präsentiert. Dieser werde auf das bestehende seniorenpolitische Konzept aufbauen und den Beirat Kreispflegeplanung einbeziehen.

KR Kellenberger wünscht eine vorherige Beratung des Konzepts im Kreispflegebeirat, damit dieses in der Kürze der Zeit auch vollständig sei.

Modifizierter Beschlussentwurf aufgrund des Antrags von KR Kellenberger:

Die Frage der Einrichtung eines Pflegenotrufes wird im Rahmen der Erstellung der „Pflege(platz)konzeption für den Landkreis RV“ geprüft.

Die „Pflege(platz)konzeption für den Landkreis Ravensburg“ soll vor ihrer Verabschiedung im Beirat Kreispflegeplanung vorgestellt werden.

Beratungsergebnis: einstimmig modifiziert beschlossen (bei 1 Enthaltung)

Mitteilungsvorlagen

4. 0006/2021

Tätigkeitsbericht 2020 der Kommunalen Behindertenbeauftragten

Gäste: Herr Jürgen Malcher, Kommunaler Behindertenbeauftragter,

Frau Selda Arslantekin, Kommunale Behindertenbeauftragte

Herr Malcher stellt den Tätigkeitsbericht anhand einer PPT-Präsentation vor.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Arslantekin und Herrn Malcher für die ehrenamtliche Arbeit und für den Bericht.

KRin Stierle bedankt sich ebenfalls und fragt, ob die regionale Aufteilung in die Gebiete Schussental und Allgäu hilfreich gewesen sei. Sie möchte außerdem wissen, ob die Besetzung des Amtes durch zwei Personen vorteilhaft gewesen sei, z.B. hinsichtlich des Austausches oder der Erreichbarkeit, und wie man Kommunen noch besser motivieren könne, einen Behindertenbeauftragten zu stellen.

Herr Malcher antwortet, die Aufteilung habe sich durch die jeweiligen Wohngebiete ergeben. Eine Aufgabenverteilung nach Orten und persönlichen Schwerpunkten ha-

be sich mit der Zeit eingespielt, sei jedoch nicht direkt nach Regionen vorgenommen worden. Er sei wie auch Frau Arslantekin bei zahlreichen Bürgermeistern vorstellig geworden, um für einen Behindertenbeauftragten in den Gemeinden zu werben. Bei Gemeindeverbänden genüge ein Beauftragter. Das Begehen eines Selbsterfahrungs-Parcours könne ein Bewusstsein dafür schaffen, wie es sei, mit Behinderungen zu leben.

KRin G. Müller dankt für den Bericht und möchte wissen, mit welchen Anliegen die Kreisbehindertenbeauftragten als Ombudspersonen angesprochen worden seien.

KRin Fiegel-Hertrampf erklärt, sie sei begeistert von dem Bericht und erkundigt sich nach den Synergieeffekten bei Behinderten- und Seniorenbeauftragten in den Gemeinden. Sie fragt außerdem, ob und wenn ja wie die Stelle des/der Kreisbehindertenbeauftragten aufgeteilt werden solle und ob Schwerbehinderte bei den Impfungen vorgezogen werden könnten. Dies werde von den Betroffenen gefordert. Sie weist darauf hin, dass hohe Bordsteine nicht nur für Behinderte ein Hemmnis darstellten, sondern auch für Ältere und Mütter mit Kinderwagen.

KRin Kremer bedankt sich für den Bericht und fragt, wie der Behindertenbeirat noch besser unterstützt werden könne, damit Maßnahmen weniger zögerlich umgesetzt würden, und in welchem Rahmen über das digitale Dialog-Portal zur Landtagswahl informiert worden sei. Bezüglich der Entwicklung des Aktionsplans würde sie gern konkreter wissen, welche Maßnahmen bei der Erhebung durch Fragebögen gewünscht wurden. Sie erkundigt sich, was der Landkreis selbst hinsichtlich einer barrierefreien Kommunikation leiste und wie niederschwellig eigene Online-Angebote seien, sodass Gehandicapte diese nutzen könnten.

KR Kellenberger stellt fest, für kleine Gemeinden handele es sich bei der Arbeit für Behinderte schlicht um eine „Riesen-Aufgabe“. Es mangle nicht an der Motivation. Die Bildung größerer Einheiten könne in diesen Fällen hilfreich sein. Zudem müsse man auch auf der „anderen Seite“ auf Bereitschaft treffen. Die Idee, Senioren- und Behindertenbelange zu verknüpfen, halte er für gut, den geplanten Aktionsplan für sehr sinnvoll.

Herr Malcher beantwortet die gestellten Fragen. Bei der Ombudsfunktion sei es meist um Rechtsstreitigkeiten mit dem Landratsamt oder Beihilfeträgern gegangen. Die Nachfrage sei jedoch gering gewesen. Über das Dialog-Portal zur Landtagswahl sei

in der Presse informiert, Einrichtungen der Behindertenhilfe seien angeschrieben worden. Fast alle Kandidaten hätten ihre Teilnahme für eine Video-Veranstaltung zugesagt. Der Rücklauf der Fragebögen für den Aktionsplan sei noch nicht vollständig. Technische Dinge spielten eine Rolle, z.B. Induktionsanlagen für Hörgeschädigte. Barrierefrei werde oft mit rollstuhlgerecht verwechselt. Die Anregung, Maßnahmen zusammen mit anderen Gemeinden umzusetzen, halte er für förderlich. Die Angaben des Bundesamtes für Statistik, ein GdB von 50 und mehr trete vor allem bei Menschen ab 55 Jahren auf, sehe er bestätigt. Mit einem „Dunkelfeld“ müsse gerechnet werden, da Menschen sich oft schämten, einen Schwerbehindertenausweis zu beantragen. Sprachkompetenzniveaus bei Behinderten seien sehr heterogen. Selbst für ihn mit abgeschlossenem FH-Studium seien nicht alle Schreiben des Landratsamtes oder Texte auf der Website verständlich. Die Veranstaltungen mit den Kandidaten für die Landtagswahl seien in leichterer Sprache abgehalten worden und gut verständlich gewesen.

Frau Arslantekin ergänzt, sie sei in Ombudsfragen überwiegend von alleinerziehenden Müttern kontaktiert worden, die Probleme mit der Kinderbetreuung in der Corona-Situation gehabt hätten. In den Gemeinden habe Aufklärung darüber stattgefunden, was Behinderung und Inklusion bedeute. Sie beanstandet, dass beim Kreisimpfzentrum Kinder bei der Priorisierung „rausgefallen“ seien, wenn gleich die Zuständigkeit dafür nicht beim Landkreis liege. Den Vorschlag von KR Kellenberger, das Thema ganzheitlich zu sehen und anzugehen, finde sie positiv. In der Tat benötige nicht jede kleine Gemeinde einen eigenen Behindertenbeauftragten.

Der Vorsitzende informiert, bei der Impfung von Menschen mit Behinderung vollziehe der Landkreis die Vorgaben des Landes und der Corona-Impfverordnung des Bundes. Aktuell seien in Baden-Württemberg jetzt schon Impfungen für Menschen mit Trisomie 21 und Menschen mit geistigen Behinderungen, die in bestimmten Wohnformen lebten, möglich.

KR Engler bedankt sich für den Bericht, bedauert das Ausscheiden der beiden Behindertenbeauftragten und fragt, wie finanzielle Mittel verwendet worden seien, um Projekte voranzutreiben.

Herr Malcher antwortet, das Projekt „ChorAlle“ werde unterstützt, ebenso die Teilnahme an Fachseminaren für barrierefreies Bauen, Mentoren-Schulungen und verschiedene Schulprojekte. In der Regel werde eine Anschubfinanzierung für die Pro-

jekte geleistet. Restmittel würden eventuell noch den Gemeinden für Einzelmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

Frau Wangenheim ergänzt, es seien Kriterien erarbeitet worden, wie Finanzmittel im Landkreis zu verwenden seien. Projekte müssten in jedem Fall inklusiv sein. Im Jahr 2020 seien vor allem Online-Projekte gefördert worden.

Frau Arslantekin wünscht sich mehr Öffentlichkeitsarbeit für dieses Amt. Sie sei überzeugt, dass damit viel erreicht werden könne.

KR Ewald stellt die Frage, ob der Landkreis attraktiv für Touristen mit Behinderung sei. Er bittet darum, touristische Projekte, z.B. Wanderwege für Menschen mit Rollstuhl, zu entwickeln und auszuweisen. Aktuell fehlten diese.

Frau Arslantekin weist darauf hin, dass es bereits einen Wanderweg in Isny gebe. Kriterien für solche Projekte, die auch Blinden und Sehbehinderten Rechnung tragen würden, lägen vor. An dem in Kürze stattfindenden Fachtag für Tourismus wolle sie zusammen mit Herrn Malcher teilnehmen und die Dinge voranbringen.

Herr Malcher ergänzt, im Wurzacher Ried sei ein neuer Wanderweg für Behinderte mit Aufzug auf den Aussichtsturm in Planung. In Reutlingen gebe es bereits eine barrierefreie Stadtführung. Eine diesbezügliche Anfrage bei der Stadt Ravensburg sei „weniger positiv“ aufgenommen worden.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5. 0007/2021

Jobcenter - Aktueller Sachstandsbericht

KRin Eger bedankt sich für den Bericht. Da Frauen in der Corona-Situation besonders benachteiligt seien, bitte sie darum, diese in den Fokus zu nehmen. Zur Pandemiebekämpfung seien zudem 20 Arbeitsplätze im Jobcenter „zweckentfremdet“ worden. Sie frage, was aktuell zur Unterstützung der Frauen zusätzlich unternommen werden könne.

Herr Burgmaier erklärt, er werde das Anliegen mitnehmen.

KRin Fiegel-Hertrampf erkundigt sich, inwieweit Fortbildungen, Teilzeitausbildungen, Arbeitsvermittlungen und Integrationsmaßnahmen bei der DiPers GmbH in Corona-Zeiten weiter hätten stattfinden können.

KRin G. Müller berichtet, dass Maßnahmen zum Personalabbau bei H&M sich vorrangig an behinderte oder alleinerziehende Frauen richteten, da diese weniger flexibel einsetzbar seien. Sie fragt, ob eine solche Vorgehensweise auch von anderen Unternehmen bekannt sei und wie man dem entgegensteuern könne.

Herr Burgmaier antwortet, Maßnahmen bei der DiPers GmbH hätten nur unter erschwerten Bedingungen fortgeführt werden können. Bildungsträger hätten auf Online-Formate umgestellt, z.T. seien Hybrid-Veranstaltungen möglich gewesen. Eine Vorgehensweise wie für H&M geschildert sei ihm nicht bekannt. In solchen Fällen könne man ohnedies wenig tun, allenfalls beraten.

KR Engler findet, in der DiPers GmbH müsse man bereits jetzt vordenken. Die Arbeitswelt werde in einer „neuen Normalsituation“ anders aussehen: IT-Fachkräfte würden dringend benötigt, andere Bereiche seien gefährdet, im Dienstleistungsbereich werde es starke Veränderungen geben. Er fragt, ob es bereits Überlegungen gebe, was diesbezüglich in einem Jahr auf den Landkreis zukommen könnte.

Herr Burgmaier stimmt zu, man müsse mit der DiPers GmbH jetzt ins Gespräch gehen. Diese müsse sich auch innovativer präsentieren. Es vergehe einige Zeit, bis sich die Arbeitslosigkeit in der GmbH bemerkbar mache. Sie zeige sich dort erst im Rahmen des SGB III.

Herr Friedel informiert, man befinde sich bereits im Gespräch mit der DiPers GmbH. Konkrete Maßnahmen seien vorgesehen. Das DiPers-Kontaktbüro im Jobcenter werde wieder in Betrieb genommen. Ein bis zwei Fallmanager würden sich speziell um die Neuzugänge kümmern.

KRin Fiegel-Hertrampf fragt, wie viele Selbstständige direkt in das Arbeitslosengeld II fielen und um welchen Personenkreis es sich handele.

Herr Burgmaier antwortet, im Dezember 2020 seien 129 Selbstständige im Leistungsbezug gewesen, aktuell seien es 196. Dabei seien alle Berufsstände im Dienstleistungsbereich vertreten.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

6. 0187/2020

Erarbeitung eines Dringlichkeitskonzepts zur Verbesserung der Pflegesituation in allen Bereichen der Pflege - Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2020

KR Kellenberger wünscht eine Beratung des Konzepts im Beirat Kreispflegeplanung.

KRin G. Müller erinnert daran, dass es am Krankenhaus 14 Nothelfer Weingarten einen Modellversuch zur Übergangspflege gegeben habe. Es sei ihr wichtig, diesen Punkt mit in das Konzept aufzunehmen.

KRin Flucht weist auf die im Oktober 2020 online gegangene bundesweite Plattform *mitpflegeleben.de* hin, an der auch die Zieglerschen, die Bruderhausdiakonie und die Stiftung Liebenau beteiligt seien. Sie fragt, wie der Landkreis zu diesem Angebot, das ihrer Ansicht nach mit in das Konzept gehöre, stehe.

Herr Friedel antwortet, das Projekt *GeriNoVe* werde mitgedacht. Das neue Online-Portal sei bekannt, müsse jedoch noch bewertet werden. Danach werde man es in das Konzept einfließen lassen.

Modifizierter Beschlussentwurf aufgrund des Antrags von KR Kellenberger:

Dem Antrag der SPD-Fraktion auf Erarbeitung eines Dringlichkeitskonzeptes zur Verbesserung der Pflegesituation in allen Bereichen der Pflege wird zugestimmt. **Das Dringlichkeitskonzept soll vor seiner Verabschiedung im Beirat Kreispflegeplanung vorgestellt werden.**

Beratungsergebnis: einstimmig modifiziert beschlossen

7. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Es liegen keine Mitteilungen oder Anfragen vor.

Sozialausschuss am 25.02.2021:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

8. 0059/2020

Verlängerung der Bestellung der Kreisbehindertenbeauftragten und Entscheidung über Haupt- oder Ehrenamt

Modifizierter Beschlusssentwurf aufgrund des Antrags von KR Kellenberger:

- a) Die Bestellung der ehrenamtlichen Kommunalen Behindertenbeauftragten wird ab dem 1. April 2021 um 6 Monate, bis zum 30.09.2021, verlängert.
- b) Das Amt der/des Kommunalen Behindertenbeauftragten wird ab 01.10.2021 im Hauptamt fortgeführt. **Bei Wegfall der Landesförderung hat die Landkreisverwaltung die Aufgabe, einen Ausgleich im Rahmen des Stellenplans zu erstellen.**

Beratungsergebnis: einstimmig modifiziert empfohlen

9. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Dagmar Schöbel

Kreisräte

Gisela Müller

André Radke